

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

5.7.1928 (No. 155)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Kneub, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM, einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassembatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperr, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

20jähriges Bestehen des Landessolbades Dürrheim

P.A. Am 8. Juli d. J. sind 20 Jahre verflossen, seitdem das höchstgelegene Solbad Deutschlands in Bad Dürrheim in Benutzung ist. Mit dem ozonreichen Höhenklima verbindet es die heilkräftige Wirkung der sogenannten Sole, welche aus größter Tiefe an den Tag gefördert wird. Die dauernde Überfüllung des Landesbades in Baden-Baden veranlaßte das Ministerium des Innern im Jahre 1907 zunächst den Bau eines Landesbades in kleinerem Maßstabe durchzuführen; man wählte eine am Walde bei Dürrheim gelegene neuere Bauart Pension mit Badehaus, und ließ sie entsprechend einrichten. Im Sommer 1908 wurde dann das Landesbad eröffnet. Es gewährte bei 8 Badefabnummern etwa 45 Personen Unterkunft; später erweiterte man das Landesbad durch Einrichtung von Dusch-, Kohlensäurebädern und einem Inhalatorium. Auch die Höhensole, die sogenannte Solulampe und andere fortschrittliche Heilmittel, wurden eingeführt. Großer Erfolg wurde erzielt bei Blutartern, Nervenschwächen, Rheumatismen, Knochen- und Gelenktuberkulose und Nervenleiden.

Die Zahl der aufgenommenen Personen stieg von Jahr zu Jahr, wie die folgenden Zahlen ergeben:

Jahr	Aufgenommene Personen	Abgegebene Bäder
1903	124	2624
1910	273	6015
1912	366	7519
1920	447	9440
1924	398	8440
1926	454	8628

Im Wirtschaftsjahr 1927/28 zwang die Inflation und die sonstigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zur zeitweiligen Schließung, und zwar vom 22. Dezember 1927 bis 30. März 1928.

Während des Krieges diente auch das Landesbad zur Aufnahme und zur Heilung von Kriegsschädigten. Dazu trug auch die große Höhenlage Bad Dürrheims bei.

Allmählich mußte der badische Staat vom Badverhältnis zum festen Kauf übergehen, da die Gefahr drohte, daß das Landesbad wieder in Privatbesitz kam. Der Landtag bewilligte im Jahre 1924 auf Antrag des Ministeriums des Innern hierzu die erforderlichen Mittel in Höhe von 90 000 Reichsmark. Es mußten dann noch für größere bauliche Modernisierung 20 000 RM aufgewendet werden. Die Anstalt ist das ganze Jahr geöffnet. — Der Durchführung von Winterkuren, die immer sehr erfolgreich sind, wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Das Landesbad steht seit seiner Gründung unter der bewährten ärztlichen und verwaltungstechnischen Leitung von Medizinrat Dr. Sütterlin. Nicht minder hat sich auch die einjährige und nimmermüde Oberärztin Dr. Kreszenz Lutz dauernde Verdienste um das Bestehen und Gedeihen des Landesbades erworben.

Der Andrang zur Aufnahme ist so stark, daß den Gesuchen immer erst nach längerer Zeit nach der Anmeldung entsprochen werden kann. Jedenfalls ist in den verfloßenen Jahren durch das Landesbad unendlich viel zur Heilung kranker minderbemittelter Personen geschehen; deshalb besteht begründete Veranlassung, des 20jährigen Bestehens der Anstalt öffentlich zu gedenken.

Die amerikanische Tarispolitik und die Regelung der Kriegsschulden

W.D. New York, 5. Juli (Tel.). „New York Times“ veröffentlicht ausführlich den kürzlich von Prof. Cassel in der Chicago-Universität gehaltenen Vortrag, in dem Prof. Cassel darlegt, daß die amerikanische Tarispolitik ein Hindernis für die deutsche Reparationszahlung sei. Amerika müsse zwischen der Hochfinanzpolitik und der Erleichterung seines Budgets durch Rückzahlung der ihm geschuldeten Kriegskredite wählen. Wenn die Vereinigten Staaten die Fortsetzung des Protektionismus wünschten, müßten sie notwendigerweise auf die Streichung der Kriegsschulden hinwirken.

Dr. Edener beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing am Mittwoch Dr. Edener, der ihm über die Fertigstellung des neuen Zeppelin-Luftschiffes Z. 127 und die Pläne für die ersten Fahrten dieses Schiffes Vortrag hielt.

Das Urteil im Mordprozeß Wichmann. In dem Prozeß gegen den Mörder Wichmann von Frankfurt a. M. wurde der Angeklagte wegen Totschlags in zwei Fällen und wegen Tötung auf Verlangen in einem Fall zu einer Gesamtstrafe von 8 Jahren Gefängnis, auf die 3 Monate Untersuchungshaft angerechnet werden, verurteilt. Wichmann, der sich in wirtschaftlicher Not befand, hatte am 1. März im Einverständnis mit seiner Frau diese und seine Kinder erdrosselt und war einige Tage später in Vergessenheit selbsterhängt worden.

Aus dem Flugzeug abgestürzt. Der belgische Finanzmann Alfred Löwenstein ist auf dem Wege von Groydon nach Düren aus seinem Privatflugzeug, als es sich über dem Armeekanal befand, ins Wasser gestürzt und hat dabei den Tod gefunden.

Im Rann vom Bodensee nach Dover. Blättern zufolge hat ein 22-jähriger Osterreicher namens Fritz Eitelmaier in einem leichten Rann Dover erreicht. Er hatte vor etwa einem Monat seine Fahrt vom Bodensee aus rheinwärts begonnen und überquerte den Armeekanal von Calais aus.

Letzte Nachrichten

Die Amnestiefrage

W.D. Berlin, 5. Juli (Tel.). Reichsjustizminister Koch-Weser hatte heute vormittag im Reichstag eine weitere Besprechung mit den Führern der hinter der Regierung stehenden Parteien über die Amnestiefrage. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erfährt, ist bei der Aussprache eine Einigung über die Amnestiefrage im wesentlichen herbeigeführt worden. Die vorgesehene Amnestie soll einen Schlusstrich machen unter die Ereignisse der Inflationszeit und der erregten Jahre nach der Revolution. Für die sogenannten Fremdmörder kommt eine Ermäßigung der Strafe in Frage. Der Rechtsausschuß wird sich nun weiter mit der Angelegenheit beschäftigen.

Abbruch eines italienisch-ungarischen Handelsvertrages

W.D. Rom, 5. Juli. (Tel.). Mussolini und der ungarische Gesandte unterzeichneten gestern einen Handelsvertrag, der das bisherige Handelsabkommen ersetzen soll und auf der Weisheitsbegünstigungsklausel aufgebaut ist. Die Blätter betonen, daß aus dieser Tatsache auf die herzlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern geschlossen werden könne.

„New York World“ zur Räumung des Rheinlandes

W.D. New York, 5. Juli. (Tel.). In einer Besprechung der Programmredakteure des Reichstanzlers Hermann Müller betont „New York World“, niemand könne behaupten, daß auch nur ein Grund vorhanden sei, um die Besetzung der Rheinlande bis zum vertraglich vorgesehenen Termin aufrechtzuerhalten. Die Behauptungen des letzten Berichtes des Generals Guillaume seien in Nichts zerfallen. Der Druck Englands auf eine Herabsetzung der Rheinlandsbesetzung habe der englischen öffentlichen Meinung Ausdruck gegeben, die den Augenblick herbeiwünsche, wo der deutsche Boden von Besetzung frei ist. Die letzten Reichstagswahlen haben — so erklärt das Blatt — den offenen Sinn des deutschen Volkes dargelegt, daß die extremen Nationalisten ein Drittel ihrer Stimmen verloren. Der Hauptgrund für Frankreich, die Rheinlande weiter besetzt zu halten, sei der Wunsch, ein Handelsobjekt zu haben, das, wenn nicht Deutschland, so doch dem englischen oder amerikanischen Gläubiger gegenüber Dienste leisten solle. Sonst lasse sich in keiner Weise die Besetzung als notwendig verteidigen.

Der Rußer Kollektivvertrag zur Verhütung von Kriegen

Der vom Sicherheitskomitee in Genf auf Grund der deutschen Vorschläge in erster Lesung angenommene Kollektivvertrag zur Verhütung der Mittel der Kriegsverhütung besteht aus einer Präambel von 11 Artikeln, wovon die letzten sechs formaler Art sind, und das Inkrafttreten und die Dauer des Kollektivvertrages enthalten. In der Präambel wird gesagt, daß die Teilnehmer erstens in dem aufrichtigen Wunsch, das gegenseitige Vertrauen durch Verhütung der Mittel zur Kriegsverhütung zu fördern, und von der Tatsache ausgehend, daß zu diesem Zwecke die befriedigende und ausgleichende Tätigkeit des Völkerbundes durch freiwillige Vereinbarungen der Staaten erleichtert werden kann, beschließen haben, ihre gemeinsame Absicht in einem Vertrage zu verwirklichen.

Die wesentlichen Artikel I—V haben folgenden Inhalt: Artikel I: Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, für den Fall, daß ein Streit zwischen ihnen entsteht und der Völkerbundstat damit befaßt werden sollte, die vorläufigen Empfehlungen des Rates in bezug auf den Gegenstand des Streites anzunehmen und zur Ausführung zu bringen, die dazu bestimmt sind, alle Maßnahmen der Parteien zu verhindern, die eine nachteilige Rückwirkung auf die Ausführung einer von dem Rat vorgeschlagenen Vereinbarung haben könnten.

Artikel II: In dem in Artikel I vorgesehenen Fall verpflichten sich die vertragschließenden Teile außerdem, sich aller Maßnahmen zu enthalten, die geeignet sind, den Streit zu verschärfen oder weiter auszudehnen.

Artikel III: Für den Fall, daß Feindseligkeiten irgendwelcher Art bereits ausgebrochen sind, ohne daß nach Ansicht des Rates die Möglichkeiten einer friedlichen Vereinbarung erschöpft sind, verpflichten sich die vertragschließenden Teile, den etwaigen Empfehlungen des Rates auf Einstellung der Feindseligkeiten Folge zu leisten, wobei der Rat insbesondere die Zurückziehung der in das Gebiet eines anderen Staates oder in eine auf Grund internationaler Verträge demilitarisierten Zone eingedrungenen Streitkräfte anordnen kann; die Streitenden außerdem, ihre Souveränität, sowie die hinsichtlich der demilitarisierenden Zone übernommenen Verpflichtungen gegenseitig zu achten.

Artikel IV: Die vertragschließenden Teile verpflichten sich für den Fall, daß zwischen ihnen Feindseligkeiten bereits ausgebrochen sein sollten, alle Schritte zu unterziehen, die der Rat zu dem Zwecke beschließen sollte, die Beobachtung und Ausführung der von ihm gemäß Art. III empfohlenen Maßnahmen zu hinterlassen.

Artikel V: In den Fällen der Artikel III und IV verpflichten sich die vertragschließenden Teile, gemäß den Empfehlungen des Rates zu handeln, sofern diese einstimmig gefaßt sind, wobei die Stimmen der Vertreter der in die Feindseligkeiten verwickelten Parteien nicht mitgezählt werden.

Die Anleiheverschuldung der deutschen Städte

Der Leiter der Statistischen Abteilung des Deutschen Städtetages gibt statistische Vierteljahresberichte heraus, deren erste Nummer eine interessante Erhebung über die Anleiheverschuldung der deutschen Städte enthält. Bekanntlich ist in der Schätzung der Höhe dieser Verschuldung in der Öffentlichkeit stark übertrieben worden, so daß auch im Ausland der Anschein erweckt werden konnte, als ob ein Teil der deutschen Städte in leichtfertiger Weise in Schulden eingegangen wäre. Die nunmehr vorliegende Erhebung ergibt, daß die Anleiheverschuldung der Kommunen in Wirklichkeit weit hinter den Schätzungen und Vermutungen, die bisher an die Öffentlichkeit gelangten, zurückbleibt.

Nach dem Stande vom 31. März 1928 hat Dr. Herbert Meyer, der Leiter dieser statistischen Untersuchung, für die Gesamtheit der deutschen Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern (allerdings ohne die Hansestädte) einschließlich ihrer Betriebe und Unternehmungen, soweit sich diese restlos in städtischem Besitz befinden, eine langfristige Anleiheverschuldung von 2,01 Milliarden Reichsmark ermittelt. Von dieser Schuldsumme entfällt allein mehr als die Hälfte auf die Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern. Nur 1/4 des Gesamtbetrages macht die Verschuldung der mittleren Städte mit 25 000 bis 100 000 Einwohnern aus.

Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt im Durchschnitt eine langfristige Anleiheverschuldung von etwa 89 M. Als übermäßig hoch kann, wie die Verhältnisse in Deutschland nun einmal liegen — aber auch im Vergleich mit der kommunalen Verschuldung anderer Länder — diese Anleiheverschuldung gewiß nicht angesehen werden. Der Kreditbedarf der Städte ist durch die vorübergehende Verschließung des ausländischen Kapitalmarktes und die mangelnde Ergiebigkeit des Inlandmarktes für größere Anleiheforderungen in erheblichem Umfang unbefriedigt geblieben.

Die gesamte langfristige Anleiheverschuldung der deutschen Städte besteht aus 1,40 Milliarden Reichsmark Inlandsanleihen und aus 0,61 Milliarden Reichsmark Auslandsanleihen. Diese machen also nur etwa 30 Proz. der Gesamtanleiheverschuldung aus. Auch in dieser Hinsicht sind nicht selten weit übertriebene Behauptungen hinsichtlich der Auslandsverschuldung der deutschen Kommunen aufgestellt worden. Der Anteil der Auslandsanleihen an der Gesamtverschuldung ist bei den größten Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern am höchsten, aber er erreicht auch hier nicht die Hälfte der Gesamtverschuldung. In den Mittelstädten ist er noch erheblich geringer, da hier die Auslandsanleihen an Bedeutung im allgemeinen zurücktreten.

Von ganz besonderem Interesse sind die Feststellungen, die über die Verwendungszwecke der kommunalen Anleihen gemacht worden sind. Bei den Inlandsanleihen ergeben sich als die hauptsächlichsten Verwendungszwecke Wohnungsbau und Siedlungswesen — hierfür sind 28 Proz. der Inlandsanleihen verwendet worden —, ferner Versorgungsbetriebe und Verkehrsunternehmungen, Kanalisation, Schulwesen usw. — Was die Verwendung der Auslandsanleihen anbetrifft, so sind die Städte hier bekanntlich an die strengen Richtlinien der Beratungsstelle für Auslandsanleihen im Reichsfinanzministerium gebunden. Die Ergebnisse zeigen, daß die Gemeinden sich streng an diese Richtlinien gehalten haben. Nicht weniger als 94 Proz. des Erlöses der langfristigen Auslandsanleihen sind den städtischen Versorgungsbetrieben und Verkehrsunternehmungen zugeführt worden. Auf die Elektrizitätswerke entfallen allein 51 Proz. der gesamten Anleihe summe. Geringe Teilbeträge der Auslandsanleihen sind in Übereinstimmung mit den erteilten Genehmigungen für Kanalisation, Wohnungsbau, Bau von Schlachthöfen, Markthallenbau, Straßenbau u. dergl. verwendet worden.

Neben dieser Neuverschuldung der Städte haben für die Anleiheablosungsschuld auf Grund des Aufwertungs-gesetzes erhebliche Lasten von den Städten übernommen werden müssen. Diese Aufwertungsverpflichtungen belaufen sich — ohne Hypotheken, die ja nach dem Aufwertungs-gesetz aufzuwerten sind — auf insgesamt 692 Millionen Reichsmark in den von der Erhebung erfaßten Städten. Das macht eine weitere Schuldsumme von rund 31 M auf den Kopf der Bevölkerung.

Zählt man die neue langfristige Anleiheverschuldung und die aufgewertete Altschuld zusammen, so ergibt sich für die deutschen Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern gegen-

Mit der Beilage: 32. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

wärtig eine Schuldenlast von rund 2,7 Milliarden oder von je 120 M auf den Kopf der Bevölkerung. Da im Jahre 1913 die gleichen Städte eine Anleiheschuld von 6,2 Milliarden Vorkriegsmark zu tragen hatten, was in anbetragt der verminderten Kaufkraft der Mark heute einer Schuld von 9,3 Milliarden Reichsmark entsprechen würde, so ist tatsächlich die langfristige Verschuldung der Städte gegenwärtig noch nicht ein Drittel so groß, wie sie vor dem Kriege war. Andererseits ist freilich zu berücksichtigen, daß die Zinslast, die die heutige Anleiheverschuldung den Städten auferlegt, beinahe doppelt so hoch sein dürfte, als vor dem Kriege, so daß alles in allem die Last des Zinsendienstes nicht erheblich hinter der der Vorkriegszeit zurückbleiben dürfte.

Außer den Anleiheverschulden sind durch die Erhebung auch noch etwa 665 Millionen Reichsmark kurzfristige Schulden der Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern ermittelt worden. Weitere 147 Millionen Reichsmark sind als Ersatz für noch nicht fällige ordentliche Einnahmen in Form von Kassenkrediten und vorübergehenden Betriebskrediten hereinengenommen worden. Ein Teil dieser schwebenden Schulden dürfte aber inzwischen bereits abgedeckt sein. Selbst wenn man jedoch diese 800 Millionen kurzfristige Schulden noch zu den 2,7 Milliarden langfristigen Schulden hinzurechnet, würde sich erst eine Gesamtverschuldung von 3,5 Milliarden Reichsmark als Höchstmaß ergeben. Von einer Überschuldung kann unter diesen Umständen berechtigterweise nicht gesprochen werden. Was die Städte und ihre Steuerzahler außerordentlich schwer belastet, ist nicht so sehr die Höhe der Verschuldung, als die Höhe der Zinslast, die durch diese Verschuldung verursacht wird.

Deutsch-chilenische Kolonisationspläne?

D.A.Z. In letzter Zeit machen chilenische und deutsche Kolonisationsprojekte von sich reden, nach denen angeblich für eine große Zahl von deutschen Siedlern — genannt werden 5000 — Bedarf vorhanden sein soll. Wie die „Deutsche Zeitung für Chile“ mitteilt und uns von anderer Seite bestätigt wird, ist bei etwaigen Auswanderungsplänen, die sich auf diese Stimmen berufen, Vorsicht am Platze, da es sich um ein einstweilen noch völlig unerschlossenes Gebiet handelt. Zuverlässige Stellen, die mit dieser Angelegenheit betraut worden wären, sind bis jetzt nicht bekanntgegeben worden. Vor der unter der Hand erfolgenden Werbung unverantwortlicher Persönlichkeiten kann nicht dringend genug zur Vorsicht gemahnt werden. Die in Argentinien und Uruguay bereits eingetragenen fünf deutschen Familien (30 Personen) sitzen im Elend, das noch größer werden würde, wenn im Vertrauen auf diese unverantwortliche Werbung weitere Familien folgen würden. Die „Deutsche Zeitung für Chile“ schreibt dazu: „Kenner der Gegend und der Verhältnisse schreiben uns, es wäre ein Verbrechen, die Leute dort auszusenden... Soweit wir unterrichtet sind, werden Staatsländererzieher heute nicht mehr so ohne weiteres vergeben. Sie sollen vom Staate in öffentlicher Versteigerung verkauft werden. Von der Ankündigung einer solchen Versteigerung hat man bisher noch nichts gehört.“

Die „Bremen“-Flieger beim irischen Staatspräsidenten. Die „Bremen“-Flieger Köhl, v. Hünefeld und Fismaurice wurden in Dublin von den irischen Staatsbehörden begrüßt. Sie wurden vom Präsidenten Cosgrave und den Ministern und dem Generalgouverneur empfangen. v. Hünefeld und Fismaurice besuchten morgen Limerick, während Köhl in Dublin bleibt, von wo am Freitag der Heimflug nach Deutschland angetreten wird.

Englische Musik in der Festhalle

Ein Madrigalchor der Universität Cambridge, der im Einvernehmen mit der deutschen Volksgesellschaft in London zur Zeit viele deutsche Städte besucht, kam auf Einladung der atademischen Auslandsstelle unserer Reichshochschule auch nach Karlsruhe und gab gestern abend im kleinen Festhallsaal ein Konzert. Die Veranstaltung hatte nicht nur innerhalb der offiziellen Kreise, die haben vornehmlich sich eine intellektuelle Annäherung beider Länder versprochen, starke Beachtung gefunden, sondern auch die breite Öffentlichkeit in so erfreulich großer Zahl angelockt, daß der Saal außer den Vertretern der Behörden, unter denen man u. a. Kultusminister Keers und Oberbürgermeister Dr. Finter, sowie Geh. Rat Dr. Schwörer und verschiedene Professoren der Friedrichsiana bemerkte, die Zuhörerschaft kaum faßte.

Musikalisch hat das Konzert mit einem Singen und Klängen jener altenglischen Volkstutur an, die um die Wende des 16. und 17. Jahrhunderts jenseits des Kanals im Schaffen eines so bedeutenden Komponisten wie Purcell gipfelte. Das old merry England der elisabethianischen Zeit wurde was, eindringlicher vielfach, als es selbst Shakespeares zu schildern gelungen ist, und auch unerschütterlicher. Denn so wie schon vor drei Jahrhunderten fröhliche junge Menschen sangen, tanzten und ihre Maskenspiele vor der Königin aufführten, wiederholten es diese 25 Studenten, die sich zwanglos als Mitglieder eines Klubs aus dem Trinity College zusammengefunden haben und ursprünglich anscheinend überhaupt mehr zum eigenen Vergnügen auf die wertvollen musikalischen Schätze ihrer Vorfahren zurückgriffen. Da bekam denn nun der deutsche Hörer einen Einblick in das vielfältige und dem modernen Ohr wieder besonders empfindliche Musikleben aus Englands klassisch-europäischer Epoche, die mit dem Kontinent engsten Kontakt hielt und damals diesem manch historisch bedeutsamen Anstoß, z. B. im mehrstimmigen Tonstab, gab. In bunter Folge wechselten Vokal- und Instrumentalvorträge, Klavierstücke und Streicher-Suiten. Aber wahrscheinlich hätte das alles kaum so unmittelbar gewirkt, wenn es von den englischen Gästen nicht sehr frisch und klar dargereicht worden wäre, klanglich und rhythmisch dabei auffallend exakt und doch wieder nicht allzu gelehrt, wie es leider das Verständnis unserer eigenen künftlerischen Vergangenheit noch immer gar oft erschwert. Am meisten interessierten wohl jene Madrigale von Morley oder Weelkes, deren Gesangsstimmen zur Unterhaltung nach einem Essen herumgereicht zu werden pflegten; nicht minder fesselten aber auch die „Lieder für drei Männer“, die man übrigens noch heute dann und wann an Londoner Straßeneden hören kann. Auf jeden Fall entbedte jedoch die Mehrzahl der Besucher ein klingendes England, über das ihr Urteil bisher ganz unzureichend oder vollkommen verfehlt war. Dementsprechend mißte sich in den äußerst starken Beifall herzlicher Dank für eine mögliche Korrektur solcher Beurteilung, wozu dies Collegium musicum allerdings begründeten Anlaß gegeben hat.

Deutscher Reichstag

W.D. Berlin, 4. Juli.

Auf der Tagesordnung steht

die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung.

Damit verbunden sind eine ganze Reihe kommunistischer Anträge zur Sozial- und Steuerpolitik. — Präsident Loh erklärte vor Eintritt in die Tagesordnung, es sei der Verzug verbreitet, daß der Reichstag Vizepräsidenten verschiedenen Ranges habe. Tatsächlich seien die drei Vizepräsidenten gleichberechtigt. (Lachen links.) Präsident Loh kommt dann darauf zurück, daß gestern der Abg. Leow (Komm.) ohne Zustimmung des Präsidenten ein Stück Seife auf den Tisch des Hauses gelegt habe. Der Präsident erinnert daran, daß nur mit Zustimmung des Präsidenten Gegenstände auf den Tisch des Hauses gelegt werden dürfen. Der Abg. Leow habe aber auch Angestellte des Hauses in der gestrigen Sitzung belästigt. Im Wiederholungsfalle, so erklärte der Präsident unter dem Rärm der Kommunisten, werde er ein solches Vorgehen als grolligen Verstoß gegen die Ordnung des Hauses ahnden.

In der Aussprache über die Regierungserklärung nimmt als erster Redner Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) das Wort. Wir wissen wohl, daß der Sozialismus nicht mit einem Koalitions-kabinet verwirklicht werden kann. Das sozialdemokratische Ziel bleibt für uns dasselbe, ob wir in der Opposition oder in der Regierung sind, nur die Methoden wechseln. Wir wollen durch unsere Regierungsbeteiligung die Hebung der Lage der arbeitenden Klassen erreichen. Die Regierungserklärung atmet den Geist der Koalition. Die von uns weiter verfolgte Verständigkeitspolitik mit den Westmächten wird leider noch immer getrübt durch den Fortbestand der fremden Besetzung deutschen Gebietes an Rhein und Saar. Wir verlangen auch in dieser Stunde als unser Recht die Räumung des besetzten Gebietes. (Beifall.) Wir haben den Anspruch auf sofortige Räumung nach Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und nach dem Locarno-Pakt. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (D. Natl.) betont die Notwendigkeit der Verfassungs- und Verwaltungsreform. Mit Schlagworten des Unitarismus und der demokratischen Patentlösung des dezentralisierten Einheitsstaates ist die Frage nicht zu lösen. Die Regierung wird einen entschlossenen Gegner in uns finden, wenn sie die Aufgabe anders zu lösen sucht, als dadurch, daß die Grenzen zwischen Reich und Ländern klar und wirksam abgesteckt werden, und daß den Ländern Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit erhalten bzw. wiedergegeben werden. Der Redner fragt, warum in der Regierungserklärung die Krisis der Locarno-Politik nicht mit gleichem Nachdruck in den Vordergrund gestellt worden sei, wie von der früheren Regierung. Es könne niemand ernstlich behaupten, daß es außenpolitisch irgend etwas von den Hoffnungen verwirklicht habe, die man in gewissen Kreisen auf die deutschen Reichstagswahlen gesetzt habe. Zur Zoll- und Handelspolitik betont Graf Westarp, daß sich auch in der Gegenwart das Prinzip der Einfuhrzölle durchaus mit dem der Ausfuhrförderung vertrage. Ein weiterer Zollabbau wäre unter den heutigen Verhältnissen für Deutschland völlig verfehlt.

Abg. Dr. Perlitius (Centr.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, in der die jetzt vorliegende politische Gestaltung als eine zeitliche Notlösung bezeichnet wird. Im Hinblick darauf sehe die Zentrumsfraktion heute von einer abschließenden politischen Stellungnahme ab. Die in der Regierungserklärung gekennzeichnete Einstellung zu den großen monopolistischen Organisationen in unserem Wirtschaftsleben entspreche der Auffassung des Zentrums, insofern es sich darum handle, die Allgemeinheit gegenüber wirtschaftlich unbegründeten monopolistischen Maßnahmen zu schützen. In der Schulfrage werde die Zentrumsfraktion seiner Lösung zustimmen, die nicht der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und dem Elternrecht entspricht. Die Erklärung wendet sich vor allem gegen jede Erleichterung der Erbschaft.

Abg. Evert-Thüringen (A.) erklärt: Nach dem Wahlsieg der Arbeiterparteien sei die neue Regierung und ihr Programm ein Betrug an den arbeitenden Massen.

Abg. Scholz (D. Vp.) führt aus: Seine Freunde hätten sich die Regierungsbildung anders vorgestellt. Man hätte nur wirklich große Probleme an die Spitze des neuen Regierungsprogramms stellen sollen. In der Frage der Verwaltungsreform hätte die Volkspartei bestimmtere Zusagen in der Regierungserklärung gemacht. Die Voraussetzung für wirksame Reformen sei die Homogenität der Regierungen des Reiches und Preußens. Das weitere große Problem ist der Finanzansgleich. Wir wollen keinen Finanzansgleich, der nur dazu dient, lebensunfähige Staaten künstlich aufrechtzuerhalten. Wir begrüßen an der Regierungserklärung die Zusage, daß der bisherige Kurs der Außenpolitik fortgesetzt werden soll. Wir wollen die Fortsetzung der Verständigungspolitik unter der Voraussetzung der allgemeinen Abrüstung und der schleunigen Befreiung des Rheinlandes.

Abg. Dr. Saas-Baden (Dem.) bedauert die Methoden, nach denen bei der Bildung der neuen Regierung gearbeitet worden sei. Fraktionen seien nicht geeignet, ein Regierungsprogramm auszuarbeiten. Die Taktik des Zentrums und der Volkspartei sei nicht glücklich gewesen. Die demokratische Partei sei mit dem Inhalt der Regierungserklärung einverstanden und begrüße die klaren Erklärungen zur Außenpolitik. Er wisse den Verzicht des Grafen Westarp, den nationalen Willen der Regierung anzugeben, zurück.

Abg. Dreiwitz (Wirtschaftsp.) weist den Vorwurf zurück, daß sich die Wirtschaftspartei vor der Übernahme der Verantwortung hätte drücken wollen. Es seien wesentliche Teile der Forderungen der Reichspartei des deutschen Mittelstandes in das Programm der Reichsregierung aufgenommen.

Abg. Leicht (Bayr. Vp.) weist darauf hin, daß die Regierung kein Koalitionskabinet sei. Die Regierungserklärung verate den Kompromißcharakter so stark, daß man gespannt sein könne, wie die Regierung die Schwierigkeiten überwinden werde.

Abg. Dörlich (Christl.-Nat. Bauernp.) begrüßt die Anerkennung der landwirtschaftlichen Notlage im Regierungsprogramm. Das Programm enthalte aber so viele Bestimmungen, die sich gegenständig aufheben, so daß wenig Aussicht auf wirksame Hilfe für die Landwirtschaft bestehe.

Gegen 5 Uhr nachm. wird die Weiterberatung auf Donnerstag, 12 Uhr, vertagt.

Auf der Tagesordnung steht weiter die erste Beratung des Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches. Die Vorlage soll ohne Aussprache dem Ausmaß übergeben werden.

Die Billigungserklärung. Die hinter der Regierung stehenden Parteien werden folgenden Antrag einbringen: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und geht über alle anderen Anträge zur Tagesordnung über. Da dieser Antrag von allen Regierungsparteien unterzeichnet ist, gilt seine Annahme als gesichert.“

Mittrauensantrag der Deutschnationalen. Im Reichstag ist von den Deutschnationalen ein Mittrauensantrag gegen die Regierung eingegangen.

Unwetter-Katastrophen

In den frühen Nachmittagsstunden des Mittwoch wurde Berlin von einem heftigen Sturm heimgesucht, der in allen Teilen der Stadt schweren Schaden anrichtete. Mehrere Personen wurden verletzt. Welche Gewalt der Sturm hatte, geht u. a. auch daraus hervor, daß ein Dachbedermeister vom Dache geschleudert wurde. Er blieb mit zerstückelten Gliedern auf dem Straßensplaster liegen. Die Feuerwehrt wurde in ganz kurzer Zeit über 850mal alarmiert. Die Sturm böden erreichten zeitweise die Windstärke 8, also 60 Kilometer Stundengeschwindigkeit. Mitten in dem Orkan landeten im Tempelhofer Flughafen drei Flugzeuge glatt und ohne Zwischenfall.

Ganz unabsehbar ist einsteilen noch der enorme Schaden, der in den Wäldern des ganzen Oberhanges verursacht worden ist. Die Gruben des Oberhanges sind in großer Gefahr zu erlaufen, da die Maschinen ohne elektrischen Strom sind und die Arbeiten daher ruhen. Auf dem Flugplatz Wannsee hatte man ein gerade angekommenes Verkehrsflugzeug, nachdem Pilot und Passagiere ausgestiegen waren, fest verankert. Die Windböen riefen das schwere Flugzeug jedoch hoch in die Luft und schleuderte es wieder auf die Erde, so daß es stark beschädigt wurde.

Am heftigsten dürfte das Unwetter in Oberschlesien, wo schwere Schäden angerichtet wurden, gewütet haben. In den Betriebsanlagen einer Firma wurden mehrere Krane vom Sturm umgerissen. In Friedenshütte wurden fünf Häuser vollständig zertrümmert, nachdem zunächst die Dächer abgedeckt worden waren. Es gab dabei Tote und Verwundete. Die Zahl der Toten konnte bisher noch nicht ermittelt werden. In Königshütte wurde ebenfalls ein Haus durch einen umstürzenden Kran zertrümmert. Die Straßen im Industriegebiet mußten meistens gesperrt werden, da sie durch die durcheinandergeworfenen Massen ungangbar geworden waren. Wie die Blätter aus Gleiwich melden, hat das Unwetter in Oberschlesien fünf Todesopfer gefordert. In Reiskreisheim wurde der Schornstein einer Ziegelei umgestürzt, wobei vier Personen getötet und drei schwer verletzt wurden. Im Wasserwerk Jamboda stürzte der Schornstein auf eine Autogarage, in die sich Arbeiter vor dem Unwetter geflüchtet hatten, ein. Eine Person wurde getötet, drei ebenfalls schwer verletzt. In Nittschütz durchschlug der Sturm der Kirche das Kirchendach, mit diesem das Gemälde und zerstückte die Orgel vollständig, so daß das kostbare Instrument vollkommen unbrauchbar geworden ist.

In Guben wurde durch den Wirbelsturm ein Obststand in der großen Reiffebrücke samt der Verkäuferin über das Geländer hinweg in die Reiffe geschleudert. Die Frau erlitt schwere äußere und innere Verletzungen. In der Chottener Straße zerplatzte der Sturm einen Baum, dessen Äste im Niederstürzen die elektrische Lichtleitungen zerrissen; ein vorübergehender 13jähriger Knabe, auf den die Drähte fielen, wurde schwer verletzt.

In Bad Grund im Harz hat der Orkan zahlreiche Häuser zerstört. Eine Gothaer Dame wurde getötet, zahlreiche Personen verletzt.

Über Polen zog ein Gewittersturm. Durch Blitzschläge und entwurzelte Bäume wurden zahlreiche Personen verletzt. Auf dem Warschauer Militärflugfeld Roslow wurden durch den Sturm vier Flugzeuge zertrümmert und 15 beschädigt.

Wie aus Amstern berichtet wird, stürzte während eines heftigen Sturmes in der Ortschaft Wehr eine Mauer eines Getreidebeckens plötzlich ein und fiel mitfast einem großen Getreidevorrat auf ein unter ihr stehendes dreistöckiges Haus. Das obere Stockwerk, das von dem Betriebsleiter mit seiner Familie bewohnt war, wurde vollkommen zerstört. Der 34-jährige Betriebsleiter heißt Jellenmayer, ein gebürtiger Bayer, der erst im März dieses Jahres aus Köln nach dort gekommen war, seine 27jährige aus Köln stammende Ehefrau und ihr fünf Monate altes Kind wurden unter den Trümmern begraben und erstiftet.

Über Mannheim entlud sich Mittwoch früh ein heftiges Unwetter. Auf dem Straßenheimer Hof in Sandhofen ist ein Tabakschuppen von 120 Meter Länge zusammengeknirscht. In Ludwigshafen a. Rh. hat der Sturm an der Bahnlinie nach Mundenheim sieben Telegraphenstangen umgerissen, so daß der Telefonbetrieb gestört wurde.

Die Königstuhlfeuerwarte bei Heidelberg hat Mittwoch früh um 4.40 Uhr eine Orkangeschwindigkeit von über 17 Meter in der Sekunde festgestellt. Durch einen umstürzenden Baum wurde die Lichtleitung der Sternwarte zerrissen. In Heiligkreuzsteinach, Schönau, Neckargemünd und anderen Neckarorten wurden vom Orkan Dächer abgedeckt und Bäume entwurzelt. Auch auf den Feldern richtete das Unwetter großen Schaden an. Die Saalfrüchte lagen wie gewalzt am Boden.

Id. Altheim (bei Duchen), 5. Juli. Über der hiesigen Gemarkung gingen gestern früh zwei schwere Gewitter nieder, wobei die Hagelkörner in Taubeniergröße niederprasselten. Beim zweiten Gewitter schlug der Blitz ein, und entzündete den Schuppen des Landwirts Josef Weter. Das Feuer griff auch auf das Wohnhaus und von da aus auf das Anwesen des Landwirts Hermann Kappes über. Glücklicherweise gelang es, die Häuser bis auf den Dachstuhl zu retten, und das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Brandschaden beträgt etwa 6000 Reichsmark.

D3. Tauerbischofsheim, 5. Juli. Über das badische Frankenland gingen in der Frühe des 4. Juli schwere Gewitterregen mit Hagelschlag nieder. Aus verschiedenen Gemeinden werden erhebliche Schäden an den Feldfrüchten gemeldet.

Kurze Nachrichten

Stellung des Zentrums zur Amnestie. Die Zentrumsfraktion behandelte die Frage der Amnestierung. Im Zentrum geht die allgemeine Auffassung dahin, daß eine Amnestierung sowohl der politischen als auch der sog. Fremdwörter einzu-treten soll. Bezüglich der letzteren ist man allerdings der Ansicht, daß die verhängten Strafen auf lebenslängliches Zuchthaus nur ermäßigt werden sollen auf 7½ Jahre Zuchthaus und die verhängten Zuchthausstrafen auf Gefängnisstrafen. Die Amnestie soll sich aber nicht ausdehnen auf politische Verbrecher, wie z. B. die Mörder Erzbergers, Schulz und Tilleßen und ähnliche Verbrecher.

Die Lohnsteuer wird gesenkt. Entgegen einer Meldung, daß Steuerfragen in der gegenwärtigen Session des Reichstages nicht mehr behandelt werden, schreibt der „Vorwärts“: Die Erklärung der Reichsregierung hat zwar die Kränkung der Senkung des Tarifs der Einkommensteuer erst für den Herbst in Aussicht gestellt. Sie hat jedoch ausdrücklich hinzugefügt, daß in der Frage der Einkommen bis zu 8000 M, die dem Lohnabzug oder der beantragten Einkommensteuer unterliegen, eine Erleichterung angestrebt werden sollte. Das bedeutet zweifellos, daß die Reichsregierung der Meinung ist, mit der Senkung der Lohnsteuer brauche man nicht bis zum Herbst zu warten, sie könne bereits jetzt vor der Vertagung des Reichstages beschlossen werden.

